



## Eine kleine Geschichte der Lappersdorfer SPD

Vortrag zur 90-Jahr-Feier des Bestehens des SPD-Ortsvereins Lappersdorf am 19. 09. 2010

(von Christiane Busl)

Nach dem 1. Weltkrieg, in der kurzen Zeitspanne zwischen Revolution und Weimarer Republik, setzten die Sozialdemokraten Reformen durch, um die jahrzehntelang vergeblich gekämpft worden war: das allgemeine Wahlrecht, den achtstündigen Normalarbeitstag, Arbeiterschutzbestimmungen, Tarifverträge, Koalitionsrechte und Arbeitslosengeld. Das alles unter dem Motto: Solidarität.

Die Euphorie, am Aufbau einer Republik tatkräftig mitzuwirken und in der Sozialpolitik den Fortschritt mitzugestalten, muss groß gewesen sein, denn in den Jahren 1919 / 1920 wurden überall im Land nun SPD-Ortsverbände gegründet, in Bayern, in der Oberpfalz, und so auch in Lappersdorf.

Das Gründungsfest des Sozialdemokratischen Vereins Lappersdorf ist mit dem 30. Mai 1920 datiert. Die Namen der Gründungsmitglieder, die Alt-Lappersdorfern z. T. noch heute vertraut sein dürften, sind:

Altmann Konrad, Josef und Georg (Elektriker, Bauhilfsarbeiter und Kraftfahrer)

Grabensberger Andreas (Bahnarbeiter)

Hirner Josef (Baumeister)

Horn Josef (Bahnarbeiter)

Pfahler Franz (Maler)

Riedhammer Ludwig (Hilfsarbeiter)

Roll Karl (Bahnarbeiter)

Ströbl Jakob (Hilfsarbeiter)

Hetz Josef sen. und jun. (Maurer)

Von Anfang an war auch das Bestreben da, sich an andere übergreifende Organisationen der Arbeiterbewegung anzubinden.

So entstand im Interesse der kranken, hilfsbedürftigen und alten Leute ein Arbeiter-Samariter-Bund, und 1922 eine Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität, die regelmäßig ihre Mitgliederversammlungen im Gasthaus Zirngibl abhielt. Der Arbeiter-Radfahrerbund ist nicht als bloßer Verband für Freizeitgestaltung im heutigen Sinn zu verstehen, wie überhaupt sich die Arbeiter-Sport-Bewegung als nicht wettkampforientiert von den bürgerlichen Sportvereinen scharf abgrenzte. Zwar war es natürlich ein Ziel, „den harten Kampf ums Dasein abzulösen durch Stunden der Erholung“, aber vor allem war



das Ziel, den Radfahrern „Gewährung von Unterstützungen bei Unfällen und Todesfällen, Gewährung von Rechtsschutz usw., kurz und gut durch Pflege der Solidarität Rat und Hilfe zu bieten.“ (Zitat aus der Volkswacht vom 24. Juni 1924)

## Die Anträge auf Eingemeindung nach Regensburg

Lappersdorf bildete damals mit Oppersdorf einen Gemeindeverband. Im Gegensatz zu Oppersdorf, wo es wenige so genannte „Lohnabhängige“ gab, war Lappersdorf ein „Arbeiterdorf“. Zwischen Lohnabhängigen und Bürgern kam es deshalb in der Gemeindepolitik auch zu Interessenkonflikten, die in den Anträgen der SPD zur Eingemeindung nach Regensburg heftig zum Ausbruch kamen. Zweimal wurde so ein Antrag gestellt, 1924 und 1930. Zweimal kam die Eingemeindung nicht zustande. Erwin Probst, dem Verfasser der „Chronik der Gemeinde Lappersdorf“ zufolge, lag dies hauptsächlich am Widerstand der Oppersdorfer und Lappersdorfer Bauern. In einem Zeitungsbericht der „Volkswacht“ vom 24. Mai 1924 heißt es unter dem Schlagwort „Bürgerliche Quertreibereien“: „Da sie ihre Privatinteressen so besser zu sichern glaubten, versuchten die Herren Anwesensbesitzer... die Eingemeindung auf recht heimtückische Weise zu Fall zu bringen... Was geplant war, wurde schnell bekannt. So drückte sich der schwarze Gemeinderat Josef Urban in dem Sinne aus: ‚Wir Großen müssen zusammenhalten.‘ Die Herren standen außerdem auf dem Standpunkt, dass der Plebs die schöne Ortschaft Lappersdorf verschachere...“ (Zitatende)

Was war es, was der „Plebs“ mit der Eingemeindung wollte? Aus diesem Zeitungsbericht geht das nicht hervor, aber für den Antrag von 1930 führt Probst Gründe an, die auch beim ersten Antrag schon maßgeblich gewesen sein dürften: Der „Plebs“ wollte die Schulbildung der Kinder mit der in der Stadt gegebenen Möglichkeit eines 8. Schuljahres verbessern. Und durch die Eingemeindung wären die Lohnempfänger auch in eine höhere Ortsklasse (die Ortsklasse B) gekommen und hätten länger und leichter Wohlfahrtsunterstützung bekommen. Das war in der Zeit der Weltwirtschaftskrise und der hohen Arbeitslosigkeit ein wichtiges soziales Anliegen, konnte aber von den „Großen“ offensichtlich nicht nachvollzogen werden.

## Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Zur Zeit des letzten Eingemeindungsantrags waren die faschistischen Aktivitäten schon voll im Gang. Die Lappersdorfer SPD sah da nicht tatenlos zu: Das 10-jährige Gründungsfest am 6. Juli 1930 mit Banner-Enthüllung wurde zum Fanal gegen rechts. Es war ein Großereignis, auf das man heute nur staunend blicken kann. Zitat Volkswacht vom 8. Juli 1930: „Trotz der glühenden Hitze hatten es sich ungefähr 500 auswärtige Partei- und Sportgenossen und Gewerkschaftskollegen nicht nehmen lassen, an der Lappersdorfer Jubelfeier teilzunehmen... Es mögen im Ganzen wohl achthundert bis tausend Festteilnehmer gewesen sein, die dem Dorf das besondere Gepräge gaben... Der Festzug wird der Einwohnerschaft von Lappersdorf bewiesen haben, dass der sozialistische Gedanke auch hier unaufhaltsam vorrückt...“ Und es folgt zum Schluss ein



hoffnungsfroher Blick in die Zukunft: „Das zehnjährige Stiftungsfest, an dem sie die rote Fahne in Lappersdorf enthüllten, muss für sie der Ausgangspunkt rastloser Tätigkeit für die Partei sein, auf dass sie beim 25-jährigen Stiftungsfest sagen können: Wir sind bedeutend vorwärts gekommen.“ Eine optimistische Fehleinschätzung!

Die „rastlose Tätigkeit“ zeigte sich aber in dicht aufeinander folgenden Veranstaltungen gegen den wachsenden Faschismus.

Am 17. Februar 1931 berichtet die Volkswacht: „In einer glänzend besuchten Versammlung, welche von dem Genossen Joseph Altmann geleitet wurde, sprach der Gewerkschaftsgenosse Leo Hofmann über „Wirtschaftliche, gewerkschaftliche und politische Fragen“ und rechnete mit den Radaubrüdern von rechts wie links ganz gewaltig ab. Es gehen allmählich auch den Arbeitern in Lappersdorf die Augen auf und sie erkennen die Notwendigkeit, sich noch näher als bisher zusammenzuschließen, ... um den Kampf gegen die Reaktion abzuwehren..“

Ein weiteres Zeichen der Abwehr gegen den Faschismus war die Gründung einer Reichsbannergruppe Schwarz-Rot-Gold: (Die Eiserne Front gegen die Harzburger Front der Nazis)

Volkswacht, 11. März 1931: „Hier (in Lappersdorf) sprach am Sonntag Nachmittag im überfüllten Saal Genosse Saßnick über Demokratie und Faschismus... Mit beißendem Spott ließ er die Fundamente nazistischer Aufgeblähtheit hochgehen, stürmische Lachsalven unterstrichen seine mit Humor gewürzten Bloßlegungen hakenkreuzlerischen Wirkens. Vollständig nackt, bloß und armselig lag die Bewegung vor aller Augen da, die den Namen des „schönen Adolf“ trägt... Die Veranstaltung war ein großer Erfolg: endete sie doch mit der Gründung einer Reichsbannergruppe in Lappersdorf.“

Auch hier bleibt nur festzustellen: Das Vertrauen auf die besseren Argumente und der Kampf waren vergeblich: Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 brachte Hitler an die Macht, es folgten massive Repressalien gegen die SPD wie auch andere Parteien, viele SPD-Genossen wechselten in die NSDAP, bis am 22. Juni 1933 die SPD verboten wurde. Aus dem Prager Exil sollte sie mit der illegalen Verteilung des „Vorwärts“ im Untergrund weiterleben, und hier wurde auch die Lappersdorfer SPD aktiv: Konrad Altmann und Jakob Ströbl verteilten, wie viele andere Genossen auch, den „Vorwärts“ und wurden deshalb im Oktober 1934 in sog. Schutzhaft genommen und wegen Hochverrats angeklagt. Die Gründer der Lappersdorfer SPD blieben aber als Warner vor der kommenden Entwicklung standhaft, obwohl auch in Lappersdorf die Zahl der NSDAP-Mitglieder angewachsen war und somit immer die Gefahr der Denunzierung bestand. Aber, so Zeitzeugin Frau Köhler: die NSDAP in Lappersdorf zeigte sich in menschlicherem Gewand als anderswo.

Die Nachkriegsgeschichte der Lappersdorfer SPD:

Der SPD-Ortsverein wurde 1945 sofort wiederbegründet. Die amerikanische Besatzung bestimmte in zwei Etappen Bürgermeister und Gemeinderäte, die sich weitgehend aus CSU und SPD rekrutierten. Bauer Michael von der CSU und Ströbl Jakob von der SPD waren die ersten Bürgermeister.



Im Hungerwinter 1946 fanden dann die ersten freien Kommunalwahlen statt, für eine Amtsperiode von zwei Jahren. Jetzt wurde Jakob Ströbl von der SPD erster Bürgermeister.

In den darauf folgenden vier- bzw. sechsjährigen Amtsperioden gab es dann noch zweimal SPD-Bürgermeister: 1948 – 52 war Josef Horn, Gründungsmitglied der SPD Lappersdorf, zweiter Bürgermeister, 1966 – 1978 war Oswald Bauer dritter Bürgermeister.

Von teilweise überlebenswichtiger Bedeutung war aber in diesen Jahren das Wirken der SPD außerhalb des Gemeinderats:

So wurde von Willi Köhler und seiner Frau, der Tochter von Konrad Altmann, eine Ortsgruppe der Arbeiterwohlfahrt ins Leben gerufen, die hauptsächlich Erholungsfahrten für Kinder und Waisen an die Nordsee und nach Oberbayern durchführte. Gleichmaßen wichtig war die Organisation einer Altenbetreuung im Rathaus durch Herrn und Frau Köhler. Herr Köhler wurde auch als Vertrauensperson mit der Verteilung der Care-Pakete, die Deutschland zwischen 1946 und 1960 aus den USA erreichten, betraut. Und Konrad Altmann ist es zu verdanken, dass in Lappersdorf eine Arztpraxis eingerichtet wurde. Dr. Oeckler, ein rühriger SPD-Mann, war der erste Arzt in Lappersdorf. Später übernahm diese Praxis Dr. Pirson.

Dr. Georg Oeckler war von 1953-1962 SPD-Kreisvorsitzender, von 1954 -1962 Landtagsabgeordneter sowie Kreisrat von 1956 bis 1962

Qualität und Quantität sind oft ein ungleiches Paar. Ein Faktum bleibt, dass nach dem Krieg von Anfang an die Übermacht der CSU über die SPD nicht aufholbar war.

Trotzdem: Die Rolle der SPD als „ewige Oppositionspartei“ in Lappersdorf darf nicht unterschätzt werden. Sie war und ist immer eine vorausschauende, Partei gewesen, die zielsicher den Fortschritt ins Visier nahm und in Lappersdorf oft – das ist nicht zuviel gesagt - die Lokomotive von hinten war. Als solche vollbrachte sie – freilich letztlich zum höheren Ruhme der CSU -, eine gewaltige Anschubleistung. Das ist seit der Vereinigung der drei Gemeinden Lappersdorf, Kareth und Hainsacker (1978) zur Großgemeinde durch alle Wahlprogramme hindurch schwarz auf weiß dokumentiert.

Unter den wichtigsten, von der SPD angestoßenen Leistungen der Gemeinde sind:

1. Viele Einrichtungen zur Verbesserung des Freizeitangebots, speziell für Jugendliche. So wurde z. B. der Bau der Dreifachturnhalle 1987/88 realisiert, die 1983 von der CSU noch als „Schloss auf dem Mond“ bezeichnet wurde. Es erwies sich dann bald, dass nicht einmal diese Einrichtung den wachsenden Anforderungen der Großgemeinde genügte und Hainsacker mit einer zweiten Turnhalle folgte.

2. Das gleiche gilt für die Forderung nach Erweiterung der Kindergärten und der Einrichtung eines Jugendtreffs. Die SPD musste sich herbe Abfahren gefallen lassen, solange die CSU an ihrem traditionellen Familienmodell festhielt. Dennoch die SPD blieb bei ihren Forderungen, bis auch die CSU unter dem Druck des Bedarfs ihre Ansichten revidierte und die Anstöße der SPD zu einem Erfolgsmodell ausbaute.



Zur erfolgreichen Jugendpolitik Lappersdorfs gehört als Pendant die Seniorenpolitik. Auch hier wies die SPD in den 90er Jahren auf die Notwendigkeit hin, in der Gemeinde ein Seniorenheim zu errichten, und zwar unter sozial verträglichen und pflegerisch fortschrittlichen Gesichtspunkten, mit betreutem Wohnen und Kurzzeitpflege. Der Bedarf wurde von Landkreis und Gemeinde lange negiert, die Anträge abgeschmettert. Mittlerweile hat die Großgemeinde nicht nur zwei voll belegte Seniorenheime, diese Seniorenheime führen inzwischen Wartelisten.

3. Eine dritte Säule der SPD war und ist immer das Thema Bildung. In Lappersdorf kämpft die SPD seit Jahren um die Einführung einer Ganztagschule – auch sie lange Zeit von der CSU verpönt – und ein weiteres Ziel bleibt die Gesamtschule, wenn auch in modifizierter Form.

4. Manchmal wirkte die SPD auch als Notbremse. So wurden erst durch das Veto der SPD und den kreativen Einsatz der Familie Lehrer bei der Neuplanung des Lappersdorfer Kreisels Nachbesserungen mit entscheidenden Vorteilen für die Lappersdorfer Bevölkerung erwirkt.

5. Schließlich hat die SPD mit der Quotenregelung schon lange einen Trumpf in der Hand. Die aktuelle Tagespresse demonstriert: die CSU muss auch hier wieder auf den fahrenden Zug aufspringen. Bei uns ist es schon lange eine Frau, die die SPD-Fraktion anführt: Unsere Barbara Rappl, die nicht nur als Markträtin und Fraktionssprecherin mit Sachkompetenz den gemeindepolitischen Diskurs mitbestimmt und nicht selten dem männerdominierten politischen Gegner ein wenig das Heft aus der Hand nahm – etwas, womit die Männer oft nicht recht souverän umgehen konnten. Aber die SPD hat fähige Frauen, die manches aushalten, - und der politische Gegner auch Männer, die Frauen gegenüber Sachverstand würdigen und den Vorteil einer Tugend sehen können, die auch im 21. Jahrhundert nicht verkehrt ist, weil sie von Männern und Frauen gleichermaßen ausgeübt werden kann: Diese Tugend heißt: Charme.

Ich fasse zusammen: Zukunft braucht Herkunft, braucht Vergangenheit. Ihrer Vergangenheit, - das habe ich kurz zu skizzieren versucht – braucht sich die SPD nicht zu schämen. Und die Zukunft? Ich greife nochmals in die Vergangenheit zurück mit einem Zitat aus der berühmten katholischen Zeitschrift „Frankfurter Hefte“ von 1946: „Wenn wir uns zum Sozialismus bekennen,“ heißt es da, „so tun wir es aus christlicher Verantwortung für unsere Nächsten.“ Nach 65 Jahren sind wir in der SPD zwar etwas kritisch gegen den Begriff Sozialismus geworden, aber dass die Welt sozial wird, das muss das Ziel sozialdemokratischer Politik bleiben. Wir, als kleiner Ortsverein, wollen unser Möglichstes dazu beitragen!